

Trinkwasser: Kleine Gemeinden können vorerst aufatmen

Neufassung der Trinkwasser-Richtlinie bürdet Versorgern keine übertriebenen Kosten auf.



Wasser für alle: Das ist Ziel der Novelle der Trinkwasserrichtlinie. Die Umsetzung ist jedoch noch offen.
– (c) REUTERS (Ajay Verma)

Von unserem Korrespondenten Oliver Grimm

23.10.2018 um 18:04

Brüssel. 20 Jahre nach ihrem Inkrafttreten wird die wichtigste europäische Vorschrift zur Sicherung der Qualität von Trinkwasser von Grund auf erneuert. Strengere Grenzwerte für Schwermetalle, erstmals eine systematische europaweite Überwachung des Auftretens von Plastikmikroteilchen im Wasser, die Aufforderung an die Mitgliedstaaten, für die Einrichtung öffentlicher Trinkwasserbrunnen zu sorgen, und Maßnahmen zum verbesserten Zugang für Arme und Behinderte sollen die Lücken in der Versorgung mit dem lebenswichtigen Element in der Union verbessern.

Entgegen den ursprünglichen Befürchtungen österreichischer Europaabgeordneter wird diese Novellierung kleinen heimischen kommunalen Versorgungsbetrieben keine übermäßigen Kosten für Prüfungen aufbürden. Der ÖVP-Mandatar Lukas Mandl hatte sich dieses Anliegens schon früh angenommen und darauf gedrängt, dass die ursprünglich geplante Pflicht für

Wasserversorger, zehnmal jährlich umfassende Qualitätskontrollen durchzuführen, vor allem für kleinere Betriebe gesenkt wird. Andernfalls hätte in Österreich, dessen Wasserversorgung Mandls Darstellung nach im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten besonders kleinteilig sei, ein Anstieg der Kosten für die Verbraucher gedroht. Das am Dienstag vom Plenum des Parlaments beschlossene Regime sieht nun vor, dass kleine oder sehr kleine Wasserversorger nur einmal jährlich eine Qualitätskontrolle durchführen müssen. „Das entspricht der österreichischen Regelung und Praxis“, teilte Mandl in einer Presseaussendung mit.

Grenzwerte für Blei verschärft

Wirklich zufrieden sind die österreichischen Mandatare mit dem Ergebnis allerdings nicht. „Das heutige Abstimmungsergebnis könnte auch höhere Kosten bedeuten und somit auch einen Privatisierungsdruck durch die Hintertür“, erklärte die Umweltsprecherin der SPÖ-Abgeordnetendelegation, Karin Kadenbach. Mandl warnte vor „unnötig teurer Bürokratie“ durch verschärfte Grenzwerte für Chemikalien, „wie sie nicht einmal von der Weltgesundheitsorganisation WHO verlangt werden“. Der Delegationsleiter der Grünen, Michel Reimon, forderte die österreichische Ratspräsidentschaft auf, diese Richtlinie zur Priorität zu machen und bis Ende Dezember einen Kompromiss für „eine gute Lösung für unsere Wasserversorger“ zu finden.

Wie die endgültige Fassung der Richtlinie aussieht, wird von den nun beginnenden Verhandlungen zwischen dem Parlament und den nationalen Regierungen abhängen. Die Stoßrichtung ist jedoch klar: Trinkwasser soll einfacher verfügbar und sauberer werden. Dieses Ziel erscheint auf den ersten Blick nicht rasend prioritär: Laut einem Bericht der Europäischen Umweltagentur erfüllten 98,5 Prozent aller Tests in den Jahren 2011 bis 2013 in der Union die Vorschriften.

Doch die Grenzwerte sind nicht mehr aktuell. Jener für Blei zum Beispiel soll künftig nur mehr halb so hoch sein wie bisher. Und zudem sind laut Untersuchung der Kommission elf Prozent der Europäer von Wasserknappheit betroffen, sprich: Sie könnten ihren Bedarf nicht nachhaltig und nicht ohne Zukauf von Flaschenwasser decken. Letzteres, nämlich die Notwendigkeit, Wasser in Plastikflaschen zu beziehen, fällt unter die Bestrebungen der Kommission, den Plastikmüll generell zu reduzieren. Daher die Mahnung an die Mitgliedstaaten, öffentliche Trinkbrunnen zu installieren (eine Pflicht dazu gibt es freilich nicht).

Glas Wasser im Café darf etwas kosten

Der Zugang zu Trinkwasser war auch die zentrale Forderung der ersten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative „Right2Water“, die von rund 1,8 Millionen Bürgern unterzeichnet worden war (Initiatoren waren Gewerkschaften in öffentlichen Versorgungsbetrieben).

Das Glas Wasser im Café wird allerdings weiterhin etwas kosten dürfen. „Die 50 Cent sind wohl eher für die Dienstleistung, nicht das Wasser“, sagte der für diese Reform zuständige EU-Kommissar Karmenu Vella bei deren Vorstellung zu Jahresbeginn.

Auf einen Blick

Die Trinkwasser-Richtlinie der EU regelt seit 1998, wie hoch der Anteil bestimmter Schadstoffe in Trinkwasser sein darf. Einige Chemikalien, die heute weit verbreitet sind, gab es damals jedoch noch nicht. Zudem sind manche Grenzwerte (zum Beispiel für Blei) nach heutigem Stand der Wissenschaft zu hoch. Und schließlich ist die Vermeidung von Plastikabfall zu einem allseits geteilten europäischen Politikziel geworden. Am Dienstag beschloss das Europaparlament seine Position in den Verhandlungen mit den nationalen Regierungen über die Neufassung dieser Richtlinie.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 24.10.2018)